

Südosteuropapolitik

Franz-Lothar Altmann

Am 30. Dezember 2011 hatte die Europäische Union die außerordentlichen autonomen Handelspräferenzen für alle westlichen Balkanstaaten einschließlich des Kosovo (unter UNSCR 1244/1999) bis Ende 2015 erneuert. Damit genießen diese Länder unbegrenzten zollfreien Zutritt zum EU-Markt für nahezu alle aus diesen Ländern stammende Produkte. Zusammen mit den bilateralen Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAAs) unterstützen diese Handelspräferenzen die wirtschaftliche Integration mit der EU und sollen politische Stabilität und wirtschaftlichen Fortschritt in der gesamten Region stärken.

Bereits am 7. Dezember 2011 hatte die Europäische Kommission den Vorschlag für ein verbessertes Instrument für die Vorbeitrittshilfe (IPA) vorgelegt, die einen gesamten Umfang der finanziellen Hilfe in Höhe von 14,11 Milliarden Euro für die Periode 2014-2020 vorsieht. Zielsetzung der überarbeiteten Hilfestellung ist es, politische Prioritäten besser in Schlüsselaktionen in bestimmten Politikbereichen zu übersetzen. Den Bedürfnissen der Empfängerländer soll enger begegnet, der Verwaltungsaufwand soll reduziert werden. Dadurch soll den prospektiven Beitrittsländern bei der Durchführung der für die künftige Mitgliedschaft notwendigen Reformen Hilfestellung gewährt werden.¹

Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die EU-Balkanpolitik

Sowohl die EU-Mitgliedstaaten (Bulgarien, Griechenland und Rumänien) als auch die Nicht-EU-Länder des Balkans sind wirtschaftlich eng mit den Ländern der Eurozone verbunden. Dabei kann man grundsätzlich feststellen, dass die Balkanländer den allgemeinen europäischen und globalen Trends folgen, jedoch mit einer bestimmten zeitlichen Verzögerung. So war beispielsweise der Höhepunkt der vormaligen Krise in den Ländern des Westlichen Europas das Jahr 2008, schlechtestes Jahr auf dem Balkan jedoch war 2009. Die griechische Krise hat nämlich nicht nur direkte Auswirkungen im wirtschaftlichen Bereich insofern, weil für einige der Balkan-Nachbarländer Griechenland ein nicht unwichtiger Handelspartner ist und griechische Investoren zum Teil ein beträchtliches Engagement in ihrer nördlichen Nachbarschaft eingegangen waren. Hinzu kommt die Rolle griechischer Banken im Finanzsektor einiger Balkanländer.²

Ohne Zweifel hat aber die andauernde griechische Krise die Bedingungen, unter denen der Fortgang der EU-Erweiterung ablaufen kann, verändert und damit politische Kollateralschäden verursacht. Die stagnierende wirtschaftliche Erholung in den Ländern des westlichen Balkans, und dies sind zur Zeit neben der Türkei und Island die einzigen möglichen Mitgliedskandidaten für die EU, macht es für diese deutlich schwerer, die von der EU geforderten Reformen fortzuführen. Die Weltbank hat Anfang Juni 2012 die Prognose für das Wirtschaftswachstum in Südosteuropa für das laufende Jahr auf höchstens 1,1% herabgesetzt, nachdem es in 2011 immerhin noch 2,2% betragen hatte.³ Hinzu kommt, dass im

¹ http://ec.europa.eu/enlargement/press_corner/whatsnew/, 07.12.2011.

² Siehe hierzu ausführlich Franz-Lothar Altmann: Die Auswirkungen der Griechenland-Krise auf die Nachbarstaaten, in: Südosteuropa Mitteilungen, 01/2012, S. 21 ff.

Zusammenhang mit der wiederbelebten Kritik an Bulgarien und Rumänien bezüglich der zu schwachen Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität die griechische Krise das Bild der Region als wirtschaftlich und politisch instabile Gegend verstärkt. Die Ansicht wird lauter, dass das so genannte Solidaritätsprinzip als Folge weiterer Erweiterungsschritte höhere finanzielle Ausgaben erfordern wird als erwartet war. Dies verstärkt nur die Erweiterungsmüdigkeit in den EU-Ländern und schwächt entsprechend den politischen Willen für die Fortführung des Erweiterungsprozesses. Es ergibt sich eine Tendenz zur Verschärfung der EU-Beitrittskriterien, die ohnehin im Falle Kroatiens bereits strenger waren als in früheren Erweiterungsrounden. Der Verhandlungsprozess mit künftigen Beitrittskandidaten wird zweifelsohne komplizierter und länger.

Für die Länder des Westlichen Balkans, aber auch für die angrenzenden EU-Länder, die nicht zur Eurozone gehören (Bulgarien, Rumänien und Ungarn), hat die Euro-Krise mittlerweile eine deutliche Zurückstellung in der Aufmerksamkeitsskala der EU-Kernländer ergeben. Die Politik der zuletzt genannten ist vorrangig mit der Krisenbewältigung beschäftigt. Allerdings kann konstatiert werden, dass weder die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) noch die Europäische Stabilisierungspolitik in Südosteuropa durch die europäische Finanzkrise ernsthaft beeinträchtigt wurden. Die internen Herausforderungen der EU hatten keinen negativen Einfluss auf bestehende Missionen und Operationen im Westlichen Balkan. Das wichtigste Stabilisierungsinstrument für die Region, der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP), der die Länder auf ihrem Weg in die volle Mitgliedschaft unterstützen soll, wurde bisher keiner Kritik unterzogen, die zur Verfügung stehenden Finanzmittel blieben unangetastet.⁴

Fortschritte in der Erweiterungspolitik

Drei Länder des Westlichen Balkan haben im Berichtszeitraum wichtige Fortschritte in Richtung EU-Mitgliedschaft erzielen können: Kroatien, Montenegro und Serbien. Die Reihenfolge ist nicht dem Alphabet zugeordnet, sondern der Qualität des jeweiligen Fortschritts.

Kroatien hatte im Juni 2004 den Kandidatenstatus erhalten, die Beitrittsverhandlungen wurden im Oktober 2005 eröffnet und im Juni 2011 geschlossen. Im Fortschrittsbericht der EU-Kommission vom 12. Oktober 2011 erhielt Kroatien ein weitgehend zufriedenstellendes Zeugnis, allerdings mit einigen kritischen Bemerkungen zum Bereich Justiz, Korruptionsbekämpfung und Flüchtlingsrückkehr.⁵ Und am selben Tag in der so genannten „Opinion“ die Empfehlung zur Unterzeichnung des Beitrittsvertrags: „Die Kommission ist der Ansicht, dass Kroatien die politischen Kriterien erfüllt und erwartet, dass Kroatien die wirtschaftlichen und Acquis-Kriterien erfüllen und für die Mitgliedschaft am 1. Juli 2013 bereit sein wird.“⁶ (Übersetzung durch den Autor). Damit wurde auch die Wirksamkeit der Konditionalitäten-Politik der EU gegenüber den Ländern des Westlichen Balkan demonstriert.

Montenegro hatte das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU erst im Oktober 2007 unterzeichnet, im Mai 2010 war es in Kraft getreten. Am 15. Dezember 2008

3 Balkans Face Slowdown, World Bank Warns, in: Balkan Insight News, 06.06.2012.

4 Predrag Jurekovic: The EU Meeting its Internal Challenges: Implications for Stability in the Western Balkans. Policy Recommendations of the meeting of the Study Group Regional Stability in South East Europe, Pfp Consortium, Reichenau/Rax, 3-5 May 2012, Veröffentlichung der Österreichischen Verteidigungsakademie Wien.

5 Croatia 2011 Progress Report, accompanying the document Communication from the Commission: Enlargement Strategy and Main Challenges 2011-2012, Brussels, 12.10.2011, SEC(2011) 1200.

6 Commission opinion on the application for accession to the European Union by the Republic of Croatia, Brussels, 12.10.2011, COM(2011) 667 final. Am 9.12.2011 unterzeichneten Vertreter der EU und Kroatiens den Beitrittsvertrag.

hatte Podgorica jedoch bereits seinen Mitgliedsantrag in Brüssel eingereicht, die Kommission antwortete mit ihrer „Opinion“ positiv im November 2010 und auf dem EU-Gipfel im Dezember 2010 erhielt das Land den Kandidatenstatus. Auf dem Juni-Gipfel 2012 hatte zunächst Schweden noch Bedenken gegen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Montenegro geäußert, insbesondere kritisierte der schwedische Außenminister Carl Bildt die unzureichende Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption im Lande. Trotzdem entschieden schließlich die EU-Außenminister auf ihrem Treffen am 26. Juni 2012, die Beitrittsverhandlungen mit Podgorica am 29. Juni 2012 zu beginnen.

Erste Gespräche mit *Serbien* über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) hatten bereits kurz nach dem Sturz von Slobodan Milosevic im Jahr 2000 stattgefunden. Offizielle Verhandlungen hatten im November 2005 begonnen, allerdings hatte Brüssel die volle Kooperation Serbiens mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) in Den Haag gefordert. Die Tatsache, dass die beiden Hauptgesuchten, Radovan Karadzic und Ratko Mladic, nicht gefunden wurden, verzögerte zunächst den Annäherungsprozess Serbiens an die EU. Erst nachdem Mladic am 26. Mai 2011 und am 20. Juli 2011 auch Goran Hadzic (1992-94 Präsident der Serbischen Republik Krajina) verhaftet und anschließend an Den Haag ausgeliefert wurden, kam Bewegung in das Verhältnis Brüssel-Belgrad. In ihrer „Opinion“ vom 14. Oktober 2011 empfahl die Europäische Kommission, Serbien den Kandidatenstatus zu gewähren. Trotzdem konnten sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder auf dem Dezember-Gipfel 2011 noch nicht entschließen, der Empfehlung zu folgen. Vor allem Deutschland hatte Bedenken wegen des starken Ablehnungsverhaltens Belgrads in der Kosovo-Frage geäußert. Für den Widerstand Deutschlands hatte auch ein Vorfall im November 2011 eine gewichtige Rolle gespielt, als serbische Demonstranten im Norden Kosovos Soldaten der Internationalen KFOR-Truppe mit Schusswaffen angegriffen hatten und dabei auch deutsche Soldaten verletzt wurden. Es dauerte noch bis zum 1. März 2012, bis Serbien den Kandidatenstatus erhielt, nachdem nunmehr Rumänien seinen Widerstand aufgegeben hatte und es zu einem bilateralen Abkommen über den Schutz der walachischen Minderheit in Serbien gekommen war. Jetzt wartet Belgrad auf ein Datum, zu dem es in die Beitrittsverhandlungen mit der EU eintreten kann.

In den EU-Staaten sind hierzu die Meinungen kontrovers. Gegen die Aufnahme von Verhandlungen wird vor allem angeführt, dass Serbien zuerst das Verhältnis zum Kosovo klären muss, das sich am 17. Februar 2008 für unabhängig erklärt hat. Ernsthaftige Verhandlungen mit dem Ziel der Vollmitgliedschaft Serbiens wären nicht vorstellbar, solange nicht gewährleistet sei, dass es zwischen Serben und Kosovaren nicht mehr zu gewalttätigen ethnischen Auseinandersetzungen komme, die auf die Verweigerungshaltung Belgrads und die konstante Einmischung Serbiens in die inner-kosovarischen politischen Verhältnisse zurückzuführen sind. Es wird zudem von Seiten der das Kosovo anerkennenden EU-Mitgliedsstaaten argumentiert, dass parallel zu der Annäherung Serbiens an die EU dasselbe auch für das Kosovo geschehen müsse. Unterstützung erhält Serbien hingegen von den fünf EU-Staaten, die das Kosovo bisher nicht anerkannt haben: Griechenland, Rumänien, Slowakei, Spanien und Zypern. Von diesen wird argumentiert, dass die Behandlung der nunmehr 35 Kapitel in den Beitrittsverhandlungen den Reformzwang untermauert und verstärkt habe und der Konsolidierung der Demokratie in Serbien Rückhalt geben würde. Irritation haben in der EU die Ergebnisse der Präsidentschaftswahl vom 20. Mai 2012 und das vor allem von der gleichfalls im Mai 2012 neu gewählten Parlamentsmehrheit (Serbische Fortschrittspartei und Sozialistische Partei Serbiens) in Belgrad gebetsmühlenhaft vorgetragene Mantra „EU und Kosovo“ erzeugt. Letzte-

res fordert die EU-Mitgliedschaft bei gleichzeitigem Beharren, dass Kosovo eine Provinz Serbiens ist, eine Konstellation, die auf Dauer so nicht durchgehalten werden kann.

Zyperns EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2012

Mit dem Erreichen des Kandidatenstatus von Serbien befinden sich nunmehr vier Länder Südosteuropas in der engeren Warteschleife zur EU-Mitgliedschaft: Makedonien, Montenegro, die Türkei und Serbien. Eigentlich hätte erwartet werden können, dass Zypern als südosteuropäisches Mitgliedsland während seiner EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2012 einen vorrangigen Fokus auf den Erweiterungsprozess auf dem Balkan richten würde. Als Nikosia jedoch am 1. Juli 2012 seine Präsidentschaft antrat, befanden sich die zypriotischen Banken bereits in extremer Schieflage, die Türkei erkennt das griechische Zypern nicht an und die von der EU im Jahr 2004, dem Beitrittsjahr Zyperns, erwartete Wiedervereinigung ganz Zyperns scheint weiterhin zumindest mittelfristig äußerst unwahrscheinlich. Der in Moskau ausgebildete zypriotische Präsident Demetris Christofias wandte sich nicht nur an die EU, um 10 Milliarden Euro Hilfe für seine Banken, sondern klopfte gleichzeitig in Moskau um einen 5 Milliarden Euro Kredit an. Zypern ist mehr als jedes andere Land mit der griechischen Krise verbunden, weil es in großem Umfang griechische Staatsanleihen aufgekauft hat, die jetzt weitestgehend abgeschrieben werden müssen. Die finanziellen und politischen Zwänge lähmen somit die Präsidentschaft Zyperns. Es können kaum Anstöße in der Erweiterungspolitik, aber auch nicht in anderen Politikbereichen in der EU von Nikosia erwartet werden.

Kandidatenland Türkei

Im Zusammenhang mit der EU-Präsidentschaft Zyperns tritt auch das Problemverhältnis EU-Türkei wieder in den Vordergrund. Im Juli 2011 hatte der türkische Ministerpräsident Erdogan erklärt, während der Zeit der zypriotischen EU-Präsidentschaft die Verhandlungen mit der EU auf Eis zu legen. Am 3. Oktober 2005 hatten die 25 europäischen Außenminister in Luxemburg beschlossen, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu eröffnen. Dabei wurde allerdings als Neuerung auf Drängen Österreichs festgelegt, dass zum Ende des Verhandlungsprozesses nicht nur geprüft werde, ob die Türkei die Beitrittskriterien erfüllt, sondern auch, ob die Europäische Union deren Aufnahme wirtschaftlich und politisch verkraften kann. Damit sind die Hürden für die Aufnahme so hoch wie noch nie zuvor für einen Kandidaten. Mit Verspätung wurde dann im Juni 2006 das erste Verhandlungskapitel Wissenschaft und Forschung geöffnet. Dieses Kapitel ist das bisher einzig geschlossene, zwölf weitere wurden geöffnet. Ein Grund für die Verlangsamung des Verhandlungsprozesses war der Amtsantritt von Nicolas Sarkozy als Präsident Frankreichs im Mai 2007, der im Wahlkampf versprochen hatte, den Beitrittsprozess der Türkei zu stoppen und eine Art privilegierter Zusammenarbeit anzustreben. Ein weiteres Problem hatte sich bereits im Dezember 2006 dadurch ergeben, dass die Türkei die Anwendung des Zusatzprotokolls zum so genannten Ankara Abkommen vom 23. November 1970 auf die Republik Zypern ablehnte und der Europäische Rat daraufhin beschloss, solange kein Kapitel mehr abzuschließen, bis Ankara seine Verpflichtungen aus dem Abkommen auch gegenüber Zypern erfülle.

In der Europäischen Union sind die Meinungen bezüglich einer Vollmitgliedschaft der Türkei weiterhin gespalten. Mehrheitlich waren die Länder jedoch der Ansicht, dass ein Weg gefunden werden müsse, die bestehende Stagnation zu überwinden. Am 17. Mai 2012 einigten sich der Erweiterungskommissar Stefan Füle und der türkische Minister für europäische Angelegenheiten und EU-Verhandlungsführer Egemen Bagis in Ankara auf eine „Positive Agenda“, die den Beitrittsprozess „wieder auf Kurs bringen soll“.⁷ In Bereichen gemeinsamen

Interesses⁸ werden Arbeitsgruppen der EU-Kommission mit ihren Partnern in den türkischen Ministerien Gesprächsrunden führen. Diese wurden von einigen Kommentaren „Schattenbeitrittsverhandlungen“ genannt, weil sie klar die Inhalte der einzelnen offiziellen Verhandlungskapitel betreffen. Grundsätzlich bleibt es aber dabei, dass das Entscheidungsrecht über Eröffnen oder Schließen von Beitrittskapiteln allein bei den Mitgliedstaaten verbleibt. Es wird zum Jahreswechsel interessant, ob diese quasi-Kapitelverhandlungen in offizielle geänderte werden, wenn nicht nur Frankreich unter dem neuen Präsidenten Hollande seine abweisende Haltung aufgibt, sondern auch die Präsidentschaft Zyperns beendet sein wird.

Die EU und Makedonien

Während mit der Türkei die Europäische Union wenigstens offiziell im Verhandlungsstatus steht, hat Makedonien, das am 16. Dezember 2005 den Kandidatenstatus erhalten hatte, bis heute noch kein Datum für den Beginn der Beitrittsverhandlungen erhalten. Griechenland blockiert seit 2002 nicht nur eine mögliche Mitgliedschaft Makedoniens in der NATO, sondern beharrt auch im unseligen Namensstreit auf einer grundsätzlichen Änderung des offiziellen Staatsnamens seines nördlichen Nachbarn als Voraussetzung für EU-Beitrittsverhandlungen. Die lang anhaltende Stagnation in den Integrationsbemühungen in EU und NATO hat die interethnischen Beziehungen in Makedonien wieder verschlechtert, nachdem mithilfe der Europäischen Union die ernste Krise des Jahres 2001 mit dem Abkommen von Ohrid zunächst gemeistert schien. Seit Februar 2012 haben gewaltsame Auseinandersetzungen auf inter-ethnischer Basis wieder deutlich zugenommen. Zum Teil auch mitbedingt durch die Auswirkungen der finanziellen, sozialen und politischen Krise im EU-Mitgliedsland Griechenland, das in seiner zunehmend schwächeren Position erst recht nicht zu Zugeständnissen im außenpolitischen Bereich bereit zu sein scheint. Der derzeitige griechische Ministerpräsident Samaras war 2002 als damaliger Außenminister der auslösende und treibende Politiker im Namensstreit mit Skopje. Brüssel sind die Hände für mögliche Vermittlungsversuche dadurch gebunden, dass Griechenland grundsätzlich sein Veto gegen Zugeständnisse an Skopje einlegt. Nun muss allerdings auch festgestellt werden, dass die derzeitige makedonische Regierung mit ihren Versuchen, eine Identitätsbildung auf der Grundlage einer großen antiken Vergangenheit zu schaffen, das Verhältnis zu Athen unnötig verkompliziert hat.

Damit hat die Europäische Union drei Aufnahmekandidatenländer, mit denen entweder das Datum von Beitrittsverhandlungen noch unbestimmt ist (Serbien und Makedonien) oder wo die offiziellen Gespräche zurzeit auf Eis gelegt sind (Türkei). Beim vierten Kandidatenland, Montenegro, bestehen trotz offiziellem Verhandlungsbeginn weiterhin ernsthafte Fragezeichen bezüglich der innenpolitischen Verhältnisse, insbesondere im Bereich der Bekämpfung von Organisierter Kriminalität und Korruption.

Die EU als Vermittler zwischen Belgrad und Prishtina

Am 22. Juli 2010 hatte der Internationale Gerichtshof in Den Haag in einem Rechtsgutachten (Advisory Opinion) festgestellt, dass die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo das bestehende Völkerrecht nicht verletzt habe. Serbien brachte daraufhin in der Volksversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution ein, die einen bilateralen Dialog zwischen den beiden Parteien Serbien und Kosovo verlangte. Dieser begann am 8. März

7 Positive EU-Turkey agenda launched in Ankara, EU Press Releases, Memo 12/359, Brussels, 17.05.2012

8 Genannt wurden vor allem: Rechtsangleichung, politische Reformen und Grundrechte, Visa, Mobilität und Migration, Handel, Energie, Terrorismus-Bekämpfung und der Dialog in der Außenpolitik.

2011 unter der Vermittlung des EU-Beauftragten Robert Cooper als so genannter technischer Dialog, d.h. unter Ausklammerung der Statusfrage. In einigen Bereichen wurden bis zum Sommer 2012 Übereinkommen erzielt, so zum Beispiel bei der gegenseitigen Anerkennung von Universitätsdiplomen und Schulzeugnissen oder bei der Bewegungsfreiheit der jeweiligen Bürger im anderen Territorium, doch bereitet die Umsetzung der Vereinbarungen auf beiden Seiten Probleme. Der EU wurde vorgeworfen, zu viele Interpretationsmöglichkeiten zuzulassen. So kam es beispielsweise zu dem Übereinkommen, dass Kosovo bei regionalen Kooperationstreffen seiner Bezeichnung „Kosovo“ ein Fußnotensternchen hinzufügen müsse, das eine komplizierte Erklärung, akzeptabel für beide Seiten, enthält. Mangels einer klaren Festlegung, ob die mehrzeilige Erklärung auch auf den auf Verhandlungstischen aufgestellten Länderschildern zu erscheinen habe, wurde diese Vereinbarung bereits auf den ersten beiden Treffen zu einem nicht geklärten Streitpunkt. Nach der durch die serbischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen eingetretenen Zwangspause drängt nun die EU auf die Wiederaufnahme des Dialogs im Herbst 2012.

Am 5. Juni 2012 entschied der Europäische Rat, die Rechtsstaatsmission der Europäischen Union in Kosovo EULEX für zwei weitere Jahre bis zum 14. Juni 2014 zu verlängern. Für das erste Jahr wurde das Budget auf 111 Millionen Euro festgelegt. Nach drei Jahren hatte EULEX nunmehr seine volle operationale Arbeitsfähigkeit erlangt, wird jedoch jetzt intern umstrukturiert. Der Justiz-Bereich bleibt die Hauptherausforderung und wird dementsprechend gestärkt, d.h. die Mission wird hauptsächlich aus Polizeibeamten, Richtern, Staatsanwälten und Zollbeamten bestehen. Gleichzeitig erfolgt eine Abnahme der Gesamtstärke des Personals um 25%. Das bedeutet eine Verringerung der Anzahl der so genannten Internationalen von 1.950 auf 1.250 und der lokalen Beschäftigten von bisher 1.200 auf 1.000.⁹

Die EU in Bosnien und Herzegowina

Auf dem NATO-Gipfel in Istanbul war im Juni 2004 entschieden worden, die multinationale Stabilisierungsmission SFOR zur Unterstützung und Überwachung der Umsetzung des Dayton-Friedensabkommens (1995) in Bosnien und Herzegowina zum Ende des Jahres 2004 zu beenden. Die Europäische Union erklärte sich daraufhin bereit, unter ihrer Verantwortung eine Militärmission unter den Namen EUFOR/Althea zusätzlich zu der Europäischen Polizeimission (EUPM) und der Europäischen Beobachtermission zu entsenden. Von anfänglich 6.300 Soldaten ist EUFOR bis Mitte 2012 stufenweise auf 1.200 verringert worden. Heute ist größter Truppensteller Österreich mit 320, gefolgt von der Türkei und Ungarn mit jeweils 300 Soldaten. Die deutsche Bundeswehr ist Mitte 2012 nur noch mit drei Mann in Bosnien präsent, diese sollen bis November 2012 ebenfalls abgezogen werden. Zum Vergleich: Im Kosovo befanden sich Ende Juli 2012 noch 727 Bundeswehrsoldaten, darunter 53 Frauen.¹⁰

Geändert wurde auch die Struktur der politischen Präsenz der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina. Der gegenwärtige Sonderbeauftragte der Europäischen Union, Peter Sorensen, ist nunmehr gleichzeitig Leiter der EU-Delegation in Sarajevo. Das Mandat der EU-Polizeimission, deren Aufgabe die Unterstützung der Polizeireform, der Kampf gegen organisierte Kriminalität und Korruption war, endete mit dem 30. Juni 2012.

9 Press Office, Council of the European Union, Brussels, 05.06.2012, 10740/12: Council prolongs EULEX Kosovo for two more years.

10 Bundesministerium der Verteidigung: Einsatzzahlen – Die Stärke der deutschen Einsatzkontingente, Berlin, 02.08.2012, <http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/tut/p.../c4/>.